

ChinAmerika – Welche Rolle spielt die EU in der globalen Ökonomie

von Nelly Grotefendt



➔ Nelly Grotefendt ist Referentin für Politik, internationale Handelspolitik und Weltwirtschaft beim Forum Umwelt und Entwicklung.

Foto: © Stephanie von Becker

Welhandel in der Pandemie – Bereit für einen Kurswechsel?

Seit gut einem Jahr hält uns die Covid-19-Pandemie auf Trab und hat dabei ermöglicht, was selbst in vorherigen Krisen – von der Finanz- bis hin zur Klimakrise – nicht geschah: Sie hat der breiten Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträger*innen die wechselseitigen Abhängigkeiten und Schwachstellen einer global-vernetzten Wirtschaft vor Augen geführt. Plötzlich wurde auf großer öffentlicher Bühne sichtbar, wie fragil selbst die Versorgung mit elementaren Bestandteilen medizinischer Schutzausrüstung wie Handschuhen ist, wenn Lieferengpässe aufkommen oder Preise steigen.¹ Wie ein Brennglas befeuerte die Pandemie zugleich sozioökonomische Ungleichheiten²: die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen zwischen und innerhalb von Ländern und den ungleichen Zugang zu Ressourcen, sowie lebenswichtigen Strukturen wie Gesundheitssystem oder Nahrungsmittelversorgung.³

In der Konsequenz sollte nicht Handel an sich, sondern vielmehr Handelspolitik genauer ins Auge gefasst werden. Hier wurden bewusste

Entscheidungen getroffen, die mehr als nur den Austausch von Gütern und Dienstleistungen beförderten. Die in der Handelspolitik verankerte, tiefgreifende Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wie etwa der Gesundheitssysteme oder die konsequente Rationalisierung internationaler Lieferketten haben der beschriebenen Fragilität der Welthandelssysteme Tür und Tor geöffnet. In der aktuell herrschenden Krise zeigen sie deutlich ihre Schwachstellen. Und inwiefern spiegelt sie hingegen die mantraartigen Bekenntnisse der Politik in Sachen Nachhaltigkeit wider?

Alles andere als nachhaltig

Die Ausbeutung von Mensch und Natur, das Fundament einer globalen arbeitsteiligen Wirtschaft, erhält im Kampf gegen den Klimawandel zumindest verbal schmückendes Beiwerk. Nun geht es scheinbar nicht nur mehr darum, Waren möglichst billig herzustellen, sondern möglichst CO₂-neutral, glaubt man dem Mainstream politisch geführter Debatten. In der EU-Handelspolitik gehören Umweltschutz und andere Fragen im sozial- und arbeitsrechtlichen Bereich mittlerweile zum guten Ton.⁴ Doch sind sie unverbindlich in ihrer Sprache und verfügen über keinerlei Durchsetzungsmechanismen.⁵ Gleiches gilt für den globalen Rahmen, den sich die Regierungen mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und den dazugehörigen Nachhaltigkeitszielen, den SDGs, gegeben haben.

Einerseits betonen sowohl EU-Kommission als auch deutsche Bundesregierung, sich

1 aertzblatt.de, „Coronakrise sorgt für Preisanstieg bei Einmalhandschuhen“, <<https://www.aertzblatt.de/nachrichten/116878/Coronakrise-sorgt-fuer-Preisanstieg-bei-Einmalhandschuhen>>, letzter Zugriff 08.02.2021.

2 Anna Cavazzini, „Moderne Sklaverei in der Corona-Krise. Arbeiter fürchten um ihr Leben“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 24.5.2020.

3 Mariano Aguirre, „The impact of COVID-19 is all down to inequality“, <<https://www.openendemocracy.net/en/impact-covid-19-all-down-inequality/>>, letzter Zugriff 08.02.2021.

4 Caspar Dohmen, „Globaler Handel in Zeiten von Corona. Die Veränderung der Weltwirtschaftsordnung beschleunigt sich“, <https://www.deutschlandfunk.de/globaler-handel-in-zeiten-von-corona-die-veraenderung-der-724-de.html?dram:article_id=490011>, letzter Zugriff 08.02.2021.

5 Fabian Flues, „Vorschläge für die Verankerung von Umwelt- und Klimaschutz in EU-Handelsverträgen“, <https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2020/11/Factsheet_Vorschlaege-fuer-die-Verankerung-von-Umwelt-und-Klimaschutz-in-EU-Handelsvertraegen-web01.pdf>, letzter Zugriff 09.02.2021.

von den SDGs leiten zu lassen. Andererseits zeigt ein Blick in aktuelle EU-Handelsabkommen mit Mexiko oder dem Mercosur-Raum, dass die Ausrichtung dieser Abkommen den zentralen Nachhaltigkeitszielen fundamental widerspricht: Klimaschutz, Biodiversitätsförderung, Geschlechtergleichstellung, einer Beendigung der Armut, sowie der Reduzierung von Ungleichheiten in und zwischen den Ländern. Ähnliches gilt für eine Reihe von Reaktionen auf die Pandemie.⁶

Besonders da, wo es unangenehm scheint – denn da ruht die größte Not der Veränderung: Verkehrspolitik, Agrarpolitik, Wirtschaft. Insbesondere diese Felder müssen zeitnah nachhaltig gestaltet werden, sie machen einen massiven Unterschied bei der Erfüllung der Ziele. Sind wir durch die Zuspitzung unserer Situation aufgrund der Pandemie jetzt am Scheidepunkt?

Was können wir aus der aktuellen Impfstoffdebatte lernen?

Ein zentrales Ziel und einer der wichtigsten Hebel zur deren Verwirklichung in der Agenda 2030 ist es, gerechte Zugänge und Ergebnisse zu schaffen. In Zeiten einer globalen Gesundheitskrise heißt das: Zugänge zu Medikamenten, Impfstoffen und finanziellen Mitteln zur Abfederung sozialer Folgen. Hier klaffen global gewaltige Gerechtigkeitslücken. So hat zum Ende des letzten Jahres mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung nicht von öffentlichen Mitteln zur Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie profitiert.⁷ Auch erhalten ärmere Länder derzeit nur wenig bis keinen Impfstoff. Zudem erschweren Patentregeln die Schaffung von zusätzlichen Produktionskapazitäten. Derzeit tobt auf der Neuen und mit neuer Dringlichkeit der Streit um eine Aufhebung der Impfstoff-Patente durch die WTO. Fortschritte scheitern am Widerstand einkommensstarker

Länder wie der EU und der USA. Dabei erhielten die Pharmafirmen bedeutende staatliche Unterstützung für ihre Forschung. Doch noch nicht einmal während einer globalen Pandemie waren damit Konditionen verknüpft, wie Verpflichtungen zu voller Transparenz und preiswerter, gerechter Abgabe der entwickelten Produkte.⁸ Dabei sollte, wenn schon nicht motiviert durch die vielzähligen Appelle der globalen Solidarität, doch zumindest das Eigeninteresse für die Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung der eigenen Länder unsere Politik zum Handeln animieren.

Globale Gerechtigkeit muss mehr sein als ein Lippenbekenntnis

Das Virus trifft uns alle – doch nicht alle gleichermaßen. Insbesondere nicht, wenn es um Geld geht. Der Oxfam-Bericht zur globalen Ungleichheit, dieses Jahr unter dem Titel „Das Ungleichheitsvirus“ und wie immer pünktlich zum privaten Weltwirtschaftsforum erschienen, ist eine gute Quelle, wenn es um die Bewertung und Einordnung globaler Ungleichheit geht. Für 2020 gilt: Während alle über die Krise reden, haben die Milliarden dieser Welt wirtschaftliche Verluste bereits wettgemacht. Die zehn reichsten von ihnen haben trotz der Krise profitiert, satte Gewinne eingestrichen und ihr Vermögen auf 1,12 Billionen US-Dollar erhöht. Ein Anstieg um fast eine halbe Billion bzw. mehr als 40 Prozent seit 2019. Das wäre mehr als genug, um die gesamte Weltbevölkerung gegen Covid-19 zu impfen.⁹ Rund 87 Prozent der für den Bericht Befragten erwarten darüber hinaus, dass die Einkommensungleichheit in ihrem Land in Folge der Pandemie zunehmen oder stark zunehmen wird. Mehr als die Hälfte aller Befragten ist der Ansicht, dass sich die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, sowie zwischen Weißen und BIPoC (Black, Indigenous und People of Color) verstärken

6 Bodo Ellmers, Jens Martens, „Corona und die SDGs. Folgen der COVID-19-Pandemie für die Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsagenda“, <https://www.2030agenda.de/sites/default/files/Briefing_0520_Corona3.pdf>, letzter Zugriff 08.02.2021.

7 Oxfam International, „Shelter from the storm. www.oxfam.org Shelter from the storm! The global need for universal social protection in times of COVID-19“, <<https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621132/bp-social-protection-covid-19-151220-en.pdf>>, letzter Zugriff 08.02.2021.

8 Ärzte ohne Grenzen, „Schützen sie Menschen, nicht Profite!“, <<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/schuetzt-menschen-nicht-profite/>>, letzter Zugriff 08.02.2021.

9 Oxfam International, „The Inequality Virus. Bringing together a world torn apart by coronavirus through a fair, just and sustainable economy“, <https://www.oxfam.de/system/files/documents/the_inequality_virus_-_english_full_report_-_embargoed_00_01_gmt_25_january_2021.pdf>, letzter Zugriff 08.02.2021.

werde. Zwei Drittel kommen darüber hinaus zu dem Schluss, dass ihre Regierung keine Strategie zur Bekämpfung der Ungleichheit vorzuweisen habe.

Auch politische Systeme geraten mehr und mehr unter Druck. Demokratische Teilhabe wird eingeschränkt, die Möglichkeiten für Menschen, den Rahmen der Gesellschaft auszuhandeln, schrumpft. Laut Democracy Index des Economist verschlechterte sich im vergangenen Jahr der globale Wert leicht von 5,44 auf 5,37 Punkte. Laut den Analyst*innen lebt nur etwa die Hälfte der Menschen weltweit in einer Demokratie.¹⁰

Miteinander globale Gerechtigkeit gestalten

Um ein gutes Leben für alle zu erreichen, greift der Ungleichheitsbericht drei Forderungsbereiche der Zivilgesellschaft auf, in denen akute Missstände beseitigt werden

müssen, um globale Ungleichheit wieder zu verringern. Am Ökonomischen führt kein Weg vorbei: Langfristig müssen erwirtschaftete Gewinne von Anfang an gerecht verteilt werden. Übermäßige Macht und Einfluss auf politische Entscheidungen müssen verhindert werden, sodass extreme Ungleichheit erst gar nicht entsteht. Dafür muss bspw. die öffentliche Daseinsvorsorge der Marktlogik entrisen werden. Das bedeutet in erster Linie, dass Menschen in den Mittelpunkt des Wirkens gerückt werden – nicht der Profit, und dass öffentliche Daseinsvorsorge öffentlich bleibt und keinen Privatisierungsversuchen unterliegt. Des Weiteren müssen Wirtschaften und Gewinne einem gemeinwohlorientierten Handeln unterworfen und die de facto monopolistische Konzentration von Konzernen muss angegangen und rückabgewickelt werden.

Handelspolitik kann neben anderen Politikfeldern dafür ein Instrument sein, wenn ihre Zielsetzung angepasst wird. Das derzeitige Zielduett – Handelsvolumen erhöhen und Kosten für Unternehmen reduzieren – ist nicht

¹⁰ The economist, „Democracy Index 2020. In sickness and in health“, <https://www.eiu.com/n/campaigns/democracy-index-2020/#mkto-Form_anchor>, letzter Zugriff 08.02.2021.

PROKLA

PROKLA.

Seit 1971 ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT

Schwerpunktt Themen

- Nr. 198: Globale Stoffströme und internationale Arbeitsteilung (1/2020)
- Nr. 199: Politische Ökonomie des Eigentums (2/2020)
- Nr. 200: Probleme des Klassenkampfes – heute (3/2020)
- Nr. 201: Die politische Ökonomie des Krieges (4/2020)
- **Nr. 202: Green New Deal!?**
Wie rot ist das neue Grün? (1/2021)



Probeheft anfordern!

PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de

Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de

BERTZ + FISCHER

■■■

geeignet, um auf die Herausforderungen wie globale Pandemien, Klimawandel oder Hunger und Armut zu antworten.

Wir müssen Handelspolitik primär als Steuerungsinstrument begreifen, das nicht unqualifiziert Handelsströme fördert, sondern diese vorrangig gestaltet. So sollten bspw. die Möglichkeiten eines qualitativen Marktzuganges verstärkt genutzt werden, der an Mehrwert für die Gesellschaft bemessen wird. Vertieft werden sollten auch Überlegungen zu einer solidarischen Regionalisierung, die den Mehrwert von Regionen im solidarischen Austausch mit Ländern des Südens stärken will. Das könnte unter anderem Exportbeschränkungen beinhalten, um den Aufbau Weiterverarbeitungs- und Wertschöpfungskapazitäten und somit letztlich Arbeitsplätze im globalen Süden zu fördern. Die Betonung dabei liegt auf dem Begriff „solidarisch“, es sollte also auch dabei darum gehen, globale Verantwortung wahrzunehmen, wie sie bspw. in der Agenda 2030 beschrieben wird.¹¹

Ist der politische Wille dafür da?

Dazu braucht es Austausch und politischen Willen – und das ist so eine Sache. Zwar scheint die immer und allerorten beklagte „Unfähigkeit der Politik“ kurzzeitig gebannt, angesichts offensichtlicher Tatsachen die nötigen Entscheidungen zu treffen. Doch an Rettungspaketen eine veränderte politische Entscheidungsfreudigkeit abzulesen, wäre voreilig. Entscheidungen werden auch in Zukunft nur dann gefällt werden, wenn relevante Interessen betroffen sind. Eltern, Studierende und marginalisierte Gruppen müssen länger auf Unterstützung warten. Angesichts der ähnlich akuten Krisen in Sachen Klima, Biodiversität, Umweltverschmutzung, Hunger, Armut, steigender Konzernmacht und sozialer Ungleichheiten darf das nicht so bleiben.

Wird nichts so sein wie zuvor?

Die Pandemie verdeutlicht aktuelle Schwachstellen und zeigt drängende Handlungsnotwendigkeiten auf. Automatisch wird das die Grundfehler unserer Wirtschaftssysteme aber kaum beheben. Trotz allen Infragestellens einstiger Gewissheiten wäre es ein folgenreicher Trugschluss zu glauben, dass nun der lang ersehnte Wandel von ganz alleine ins Rollen käme. Corona primär als „Chance“ zu verstehen, daran sind Zweifel anzumelden: An vielen strukturellen Konstruktionsfehlern unserer sozialen und ökonomischen Systeme und der fortschreitenden Zerstörung des Planeten Erde wird sich nichts von alleine verbessern. Die nötigen Weichenstellungen sind recht klar. Nun ist nur die Frage, ob wir konsequent handeln. Wollen wir jetzt umlenken? Ein dafür nötiger gesellschaftlicher Grundkonsens scheint vorhanden. Doch ob sich auch der nötige politische Wille manifestiert, bleibt abzuwarten. ■

¹¹ Nelly Grotefendt, Alessa Hartmann, „Global - Regional - alles egal?“, <<https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2021/01/Die-Wertschoepfungskette-von-Milch-und-Ueberlegungen-zu-einer-solidarischen-Regionalisierung-web-15122020-1.pdf>>, letzter Zugriff 10.02.2021.